

BI info



Bündnis der Bürgerinitiativen
Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot

Nr. 54 - 22. Jahrgang - Januar 2002
www.flughafen-bi.de



Über 33000 Einwendungen gegen den Flughafenausbau

Wir zeigten dem Flughafenausbau die Gelbe Karte!

Das Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau/Für Nachtflugverbot von 22-6 Uhr“, der BUND Hessen, zahlreiche Kommunen, Vereine und Initiativen übergaben dem Regierungspräsidenten in Darmstadt die Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Mittlerweile gibt es dort über 33000 und es werden täglich mehr. Das behördeninterne Raumordnungsverfahren ist für Privatpersonen und ihre

persönlichen Belange Gesundheit und Verlust der Immobilienwerte zunächst ohne Bedeutung. „Heute zeigen wir dem Ausbau die Gelbe Karte“, sagte ein Sprecher der Bürgerinitiativen „doch zur Planfeststellung ziehen wir die Rote Karte“. In den nächsten Monaten wollen die Gruppen vor Ort wieder verstärkt über die Folgen des Ausbaus informieren und weitere Einwanderinnen und Einwander werben. Wie groß das Mobilisierungspotenzial gegen den Ausbau ist, verdeutlichen einzelne Städte wie Mörfelden-Walldorf oder Neu-Isenburg. Hier wurden zum Raumordnungsverfahren ca. 3000 bzw. 4000 Einwendungen registriert. Zur Planfeststellung können noch deutlich mehr Einwendungen erwartet werden,

denn die Initiativen weisen die Bevölkerung darauf hin, dass die Einwendung im Planfeststellungsverfahren die Voraussetzung für später vielleicht notwendige Klagen auf Schadensersatz oder besseren Gesundheitsschutz ist. Deutlichen Zulauf erwarten die Ausbaugesner, wenn sich herum-spricht, dass Fraport die Zahl der prognostizierten Arbeitsplätze durch den Ausbau drastisch zurückgenommen hat. Die Bürgerinitiativen sind sich einig: „Unser Aktion ist erfolgreich verlaufen. Zur Planfeststellung werden noch viel mehr Menschen Einwendungen erheben. Die Politik wird den Protest und die Argumente schon im nächsten Landtagswahlkampf nicht einfach übergehen können.“

Die „Gelbe Karte“

Bei der Übergabe der Einwendungen sagte der Sprecher des Bündnisses der Bürgerinitiativen gegen den Flughafen ausbau, Winfried Heuser u.a.:

Wir, Abordnungen der Bürgerinitiativen, des BUND, der Unterstützungsvereine und Vertreter vieler Kommunen in der Rhein-Main-Region, sind heute nach Darmstadt gekommen um Einwendungen, viele Einwendungen, zum Ausbau des Flughafens zu übergeben. Öffentliche Aufmerksamkeit wird dem Amt des Regierungspräsidenten, mit dem Sie derzeit betraut sind, ja nur selten zu teil. Das höchst umstrittene Projekt, das durch Ihre Bewertung steht oder fällt, greift jedoch so tief in das Leben der Menschen ein, dass sie diesmal auf ihr vom Gesetzgeber eingeräumtes, aber nur mit großen Mühen zu realisierende Beteiligungsrecht nicht verzichten. ... Bürger, Kommunen und die Träger öffentlicher Belange erleben, dass vielfach nicht fair mit ihnen umgegangen wird. Mit dem aus dem Sport übernommenen Bild der „gelben Karte“ wollen wir jetzt diese Regelverstöße aufzeigen und Fairness anmahnen.

Wir zeigen die „gelbe Karte“ dem Flughafen ausbau, der Fraport AG!

Die Fraport AG denkt nur an sich, agiert gegen die Bürger und versucht diese oft auch noch für

Weiterhin Einwendungen möglich!

Der Regierungspräsident muss auch weiterhin Einwendungen annehmen und berücksichtigen. Hat also z. B. jemand wegen des Winterurlaubs den Termin verpasst hat oder werden neue Argumente bekannt: nicht zögern, sondern schreiben!

Adresse: Regierungspräsidium Darmstadt, Projektgruppe Flughafen, Postfach 11 12 53, 64278 Darmstadt

dumm zu verkaufen. Wir mahnen Weitblick an. Die Zeit ist überreif endlich bundesweit, ja europaweit zu denken und zu planen, unter den Flughäfen zusammen zu arbeiten, statt sich als Konkurrenten zu bekämpfen. Wir vermessen Überlegungen, die die Lage des Flughafens mitten im Ballungsgebiet ernst nehmen. ... Wie bei der Frage der Arbeitsplätze schön-gerechnet wurde, haben die Menschen früh erkannt. Auch die neuen Zahlen nimmt Ihnen niemand mehr ab. Arbeitsplätze brauchen wir in andern Regionen Hessens und Deutschlands. Dem Ausbauwunsch der Fraport die „gelbe Karte“!

Wir zeigen die „gelbe Karte“ den Behörden!

Versammlungsfreiheit ist im Grundgesetz garantiert, Bürgerversammlungen durchzuführen oder daran teilzunehmen ist kein krimineller Akt. Die Polizei verkündet über die Presse aber stolz, dass sie alle unsere Versammlungen überwacht. Selbst der „stille Protest“, das Zusammenkommen engagierter Christen um für eine friedliche Lösung zu beten, ist ihr die Entsendung von Beamten wert. Die interne Kommunikation der Bürgerinitiativen wird mitgelesen, beim Termin, den fünf Bürger übers private Telefone vereinbaren, ist der fürsorgliche Polizist schon da. Wenn das Raumordnungsverfahren Bürgerbeteiligung vorsieht, dürfte man eigentlich erwarten, dass die Behörden die Bürger dabei nicht behindern. Die 16 Ordner mit 6000 Seiten schwierigem Text und 300 Karten, vollgestopft mit entscheidenden Feinheiten, waren nur an wenigen Orten zugänglich. Für die runde eine halbe Million Frankfurter zum Beispiel nur an einer einzigen Stelle. Arbeitnehmer hatten überhaupt keine Chance sich zu informieren; so lange geöffnet war, mussten sie arbeiten. Und wenn Sie, Herr Regierungspräsident, Bürgern dann noch schriftlich mitteilen, die Auslegungszeiten seien angemessen, es müsse nicht ermöglicht werden, die Unterlagen von Anfang bis Ende durchlesen zu können, dann wird deutlich, wie gering Sie das Bürgerrecht auf

Wie geht es jetzt weiter ?

Der **Regierungspräsident** wird einen Vorschlag zur Entscheidung vorlegen. Das dürfte irgendwann im Sommer der Fall sein.

Die **Regionalversammlung** für Südhessen wird über diesen Vorschlag entscheiden.

Aber: der **Wirtschaftsminister** kann diese Entscheidung – so sie ihm nicht passt – zurückverweisen und ggf. ersatzweise selbst entscheiden.

Falls eine Entscheidung pro Ausbau gefällt wird, beginnt nun (voraussetz. ab Spätsommer) das **Planfeststellungsverfahren**.

Beteiligung werten. Wir empfinden das Verhalten der Behörden, die uns Bürger zumindest als „lästig“ einstufen, sie durchaus aber als Feinde, (Staatsfeinde gar?) einstufen, als unfair. Wir zeigen diesen Behörden die „gelbe Karte“!

Die dritte „gelbe Karte“ zeigen wir der Politik!

Der letzte Rest an Glaubwürdigkeit ist verloren, seit die Zusicherung „kein Baum wird mehr fallen“ nur lästiges Geschwätz eines Amtsvorgängers war, wenn Bannwald doch abgeholzt werden darf, obwohl er in den wenigen Jahren noch unersetzlicher geworden ist.

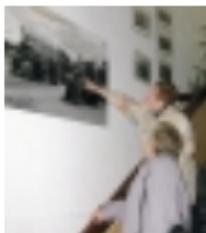
... Wir halten es für unmöglich, dass die gleichen Menschen, die in ihren Parteigremien für den Ausbau eintreten, das gesetzliche Verfahren unparteiisch führen können, nur weil sie dann hinter einer Tür sitzen, auf der „Regierungspräsident“ oder „Wirtschaftsminister“ steht. ... Wir halten es für absolut unfair, dass der Ministerpräsident als oberster Dienstherr der beiden für die Verfahren Verantwortlichen letztlich per Weisung selbst über den Ausbauantrag entscheiden kann, den er als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Antragstellerin ausdrücklich befürwortet hat. Welche Gestaltungsfähigkeit, welche Legitimation haben Politiker, die nie einen wirklichen Interessenausgleich ernsthaft versucht haben?...

BI aktiv



Oben: Bei strahlendem Sonnenschein übergaben Mitglieder der Bürgerinitiativen, des BUND Hessen sowie zahlreicher Vereine und Initiativen am 3. Januar 2002 dem Regierungspräsidenten in Darmstadt rund 30.000 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Unten: Im Rathaus Mörfelden gab es eine eindrucksvolle Fotoausstellung des Fotografen Klaus Malorny zum Thema „Startbahn West.“ In Kelsterbach markierten Bürgerinnen und Bürger Bäume, die vom Flughafenausbau bedroht sind.



Plakataktion in Mörfelden-Walldorf

Vor 20 Jahren: groß war die Resignation in Mörfelden-Walldorf, nachdem es uns nicht gelungen war, unseren Wald zu schützen, und groß war die Wut über Politiker, die, was politisch nicht durchsetzbar war, mit militärischen Mitteln durchknüppeln ließen.

Die Wut darüber entlud sich in Widerstandsaktionen an dem verfluchten Bauwerk. Über viele Jahre gab es ein erbittertes Anrennen Hunderter und Tausender gegen die Mauer um die Startbahn-West. Es ist schwierig, jemandem, der nicht dabei war, über die ungeheuerliche Brutalität ganzer Polizeieinheiten - nicht nur einzelner Beamter - zu berichten, die zu dieser Wut geführt hatte. Kinder wurden blutig geschlagen, Schwangere erhielten Fußtritte mehrerer Beamter in den Bauch, und, und und... Wer die Kämpfe nur aus dem Fernsehen kannte, hatte oft nicht genügend Phantasie für die Abgründe an Niedertracht, in die zu blicken wir gezwungen waren. Wozu dieser Staat fähig war, hatten selbst die Meisten von uns bis dahin nicht für möglich gehalten. Ich er-

innere einen Handwerksmeister, der mir kopfschüttelnd sagte:

„Und vor drei Wochen hab ich noch alles geglaubt, was in der Bildzeitung steht...“

Viele waren aber auch erbittert darüber, daß aus einigen Nachbarstädten zu wenig Unterstützung kam. Zum Beispiel hören wir heute immer wieder Stimmen: den Kelsterbachern geschieht ganz recht, wenn die Nordwestbahn gebaut werden sollte...

Der Ministerpräsident hatte vor Jahren beteuert, nach der Startbahn-West würde kein Baum mehr fallen am Frankfurter Flughafen. Viele der Unseren sagten damals: das war noch nicht alles, die holt noch den letzten Baum ab. Und sie malten sich die Pläne und Absichten der FAG aus.

Wie recht sie hatten!

Und viele sagen heute: was damals mit dieser riesigen Bewegung nicht geschafft wurde, das schaffen wir jetzt erst recht nicht.

Aber! Die relative Stille in unserer Doppelstadt sollte niemanden veranlassen, zu glauben, die Menschen stimmten etwa zu, wenn heute das damalige Umweltverbrechen noch übertroffen werden soll.

Es ist nur eine dünne Membrane zwischen Resignation und Auflehnung gegen den endgültigen Ruin unserer Heimat. Das weiß Fraport und das wissen auch die verantwortlichen Politiker.

Das spüren wir auch, wenn wir Leute fragen, ob sie sich an unsere Bilder-Aktion beteiligen wollen, mit der wir den ohnmächtig Scheinenden Stimme verleihen.

3500 Einwendungen aus unserer Stadt sind nicht schlecht, fürs Erste...

Unsere Plakataktion soll der Mutlosigkeit entgegenwirken. Und sie wirkt! Menschen bekennen sich zur Vernunft. Sie stehen für ihre Meinung ein. Sie müssen nicht überredet werden.

Sie bekommen dafür kein Geld. Wir bemühen uns, in der Auswahl der Mitwirkenden stets einen

Querschnitt der Bevölkerung - sozial, altersmäßig und politisch - zu berücksichtigen. Politische Prominenz, die die Mittel hat, ihrer Meinung selbst Gewicht zu verschaffen, soll zunächst außen vor bleiben.

Eine kleine, aber wachsende Gemeinde der sich Bekennenden ist entstanden, die miteinander ins Gespräch gekommen sind. Argumente werden ausgetauscht, es entsteht ein leises Gefühl der Zusammengehörigkeit. Und die Leute sind neugierig, wer als nächstes rausgestellt wird: willkommen im Club.

Viele haben sich von selbst an uns gewandt, wollen mitmachen. Fast läuft's schon von selbst...

Über 30 Plakattafeln gibt es mittlerweile in der Stadt Mörfelden-Walldorf. Eine nachahmenswerte Aktion.



Wenn auch nicht ohne Arbeit: die Plakattafeln holen wir vom Sperrmüll. Die Plakate kopieren wir, nachdem sie auf dem Computer entworfen und gerastert wurden, auf vier DIN A3-Blätter und kleben sie dann zu einem A1-Plakat zusammen. Das ist nicht teuer. Die notwendigen Materialien werden gespendet und an der Arbeit sind auch Menschen beteiligt, die nicht in unserer BI aktiv sind.

Zusammen mit jungen, unverbrauchten Mitsreitern, die noch auf dem Rücken ihrer Eltern gegen die 18-West demonstriert hatten, transportieren wir die Schilder von Zeit zu Zeit an einen neuen Ort, so daß dort eine Galerie unter freiem Himmel entsteht. Die Beteiligung ist so groß, daß wir jetzt von den ersten Motiven je vier auf ein Schild kleben müssen, um Platz für weitere zu bekommen. Unser Erfolg scheint manche zu ärgern: ein Unbekannter hat jüngst zehn Schilder entwendet. Wo er sie wohl hat?

Erich Schaffner
BI-Mörfelden-Walldorf



DGB-Region Starkenburg gegen Flughafenausbau

Die DGB-Region Starkenburg hat sich im Rahmen der Anhörung des Raumordnungsverfahrens gegen den Ausbau der Frankfurter Flughafens ausgesprochen. In der Erklärung des DGB heißt es u.a.:

„Der DGB hat sich in Starkenburg schon länger sehr intensiv mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens beschäftigt. Der DGB-Kreisvorstand hat im Januar 2001 einen Beschluss gegen den Ausbau gefasst der auf der Regionsdelegiertenversammlung im November 2001 in Darmstadt durch die Delegierten der Einzelgewerkschaften bekräftigt wurde. Im Dezember letzten Jahres befasste sich nun eine zentrale Ortskartell-Tagung der süd-hessischen DGB-Ortskartelle mit den Details zum Raumordnungsverfahren.

Vor allen das vorgelegte Gutachten über die Einkommens- und Beschäftigungseffekte waren Thema mit dem sich der DGB befasste.

Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens hat die Fraport ihre eigenen Arbeitsplatzprognosen deutlich nach unten korrigiert. Im Mediationsverfahren wurde noch von rund 250.000 Arbeitsplätzen gesprochen, heute spricht Fraport

nur noch von 43.000 Arbeitsplätzen. Auch ohne einen Ausbau soll es rund 14.000 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2015 geben. Fraport selbst verzeichnete in der Boomphase von 1999 bis 2000 einen Arbeitsplatzrückgang.

Aber auch direkte Effekte wie der Verlust und die drastische Einschränkung der Nutzbarkeit von vorhandenen und geplanten Gewerbegebieten wird in der Antragstellung zum Raumordnungsverfahren nicht behandelt. Als Beispiel sei hierzu das Caltex-Gelände genannt. Bei der Entstehung der Nordwestbahn stehen die geplanten 10 000 Arbeitsplätze zur Disposition. Dies würde allein schon ein Viertel des behaupteten Stellenzuwachses bedeuten. Den prognostizierten ca. 18 000 zusätzlichen Beschäftigten auf dem Flughafengelände stehen daher die Verluste wie oben beschrieben gegenüber. Die indirekten und induzierten Beschäftigungseffekte treffen auf diese ebenfalls zu.

Die Aussagen über den Multiplikatoreffekt von Arbeitsplätzen müssen ebenfalls überdacht werden. So hieß es noch bei Beginn der Ausbaudebatte, dass jeder Arbeitsplatz zwei Arbeitsplätzen in der Region schaffe, dies aber nun auch deutlich sinkt. Heu-

te wird noch von einer Relation von 1,67 gesprochen und im Jahr 2015 bundesweit nur noch von 1,31. ...

Der DGB fordert, dass eine Nettobilanz über die Entwicklung der Arbeitsplätze in der Region erarbeitet wird. Ebenso eine Studie über die zu erwartenden Rationalisierungseffekte und die Entwicklung der Anzahl Beschäftigten zu Passagieraufkommen.

Auch kritisiert der DGB in seiner Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren, daß die Verschlechterung der Lebensqualität ebenfalls Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben wird, dies aber in den Unterlagen nicht zum Ausdruck kommt. So wird es bei verschlechterten weichen Standortfaktoren schwieriger werden, hochqualifizierte Fachkräfte für die Region zu gewinnen. Auch die in der Region schon lebenden Arbeitnehmer müssen eine Beeinträchtigung der Lebensqualität hinnehmen. Dazu zählt auch eine Beeinträchtigung des Wohnwertes und bei Wohnbesitz, den viele Arbeitnehmer sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten hart erarbeitet haben, eine Verschlechterung des Kapitalwertes ihres Besitzes.“

„BI info“-Anzeigen

Ab sofort nehmen wir Anzeigen ins „BI info“.

Das „BI info“ erscheint mindestens viermal im Jahr.

Die Auflage liegt in der Regel zwischen 10.000 und 20.000 Exemplaren.

Die Adressaten sind meist ökologisch, politisch und kulturell interessierte, aktive Leserinnen und Leser.

Anzeigenpreise auf Anfrage.



Mit dem Infomobil gegen Flughafenausbau. Der Truck der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ parkte in den Zentren der Region. Die Infomobil-Tour wurde außerordentlich beachtet. Viele Bürgerinnen und Bürger versorgten sich mit Materialien, machten sich mit dem Problem Flughafenausbau vertraut.

Satellitenflugplatz im Wohngebiet? Nein danke!

Die Fraport AG kennt in ihrer Unmäßigkeit keine Grenzen. Nicht genug damit, dass sie eine weitere Landebahn will, obwohl wir alle von Fluglärm und Abgasen die Nase voll haben. Nein, auch einen Satellitenflugplatz für das kleinere Fluggerät will sie unbedingt noch haben. Dann schafft sie Platz für noch mehr große Flugzeuge in Frankfurt, damit wir schon ohne neue Landebahn mit noch mehr Lärm und Abgasen überzogen werden.

Dazu ist ihr jedes Mittel recht und völlig egal, ob der ausgewählte Standort sich unter Berücksichtigung der dort lebenden Menschen dafür überhaupt eignet.

So ist man auf den Flugplatz Egelsbach verfallen. Der war ja sowieso schon da und sehr verkehrsgünstig gelegen. Damit Frankfurt seinen gesamten Verkehr der allgemeinen Luftfahrt, also alles außer Linien- und Urlaubscharterverkehr, dahin abdrängen kann, soll daher jetzt die Landebahn von 900 auf 1400 Meter verlängert werden.

Da auf der nur 1200 Meter langen Landebahn des Flughafens Mönchengladbach sogar fünfzinsige Flugzeuge im Linienverkehr landen, kann man sich vorstellen, was uns in Egelsbach bevorsteht.

Zur Vorbereitung als Satellitenflugplatz hat man schon seit längerem fast jedes Jahr 500.000 DM dorthin überwiesen, jetzt sollen noch ein paar Millionen für den Ausbau flogen.



Egelsbach heute

Nun liegt der Flugplatz aber nicht, wie man vielleicht denken könnte, weit ab von jedem Wohngebiet, ganz im Gegenteil: 300 Meter vor unseren Haustüren in Erzhäusern. Daher wehren wir uns auch nicht erst seit heute gegen den zunehmenden Fluglärm.

Allerdings ist jetzt eine neue Stufe des Kampfes erreicht: Noch im Januar 2002 soll der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Flugplatzes ergehen. Dann bleiben uns gerade vier Wochen Zeit, um Klage dagegen zu erheben. Das ist aber bekanntlich mit Kosten verbunden. Leider ist trotz aller unserer Bemühungen unsere Kasse noch lange nicht so gefüllt wie erforderlich. Weil jeder von Frankfurt verdrängte kleinere Flieger Platz für gleich zwei neue große macht (wegen der Wirbelschleppen müssen für kleinere Flugzeuge größere Sicherheitsabstände eingehalten werden) sind alle Menschen im Rhein-Main-Gebiet betroffen. Trotzdem läßt die Unterstützung von außerhalb bisher sehr zu wünschen übrig.

Wir bitten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, daher dringend, die von den Erzhäuser Bürgerinnen und Bürgern gegen Fluglärm gegründete Klagegemeinschaft gegen den Ausbau des Flugplatzes Egelsbach e.V. möglichst großzügig zu unterstützen.

Die Kontonummer lautet 136137700 bei der Volksbank Darmstadt (BLZ 5089000)

Volker Sewering



Egelsbach morgen?

Mietzins-Minderung wegen Fluglärm gerechtfertigt

Vorübergehend erheblich verstärkter Fluglärm kann nach Ansicht des Mietergerichtes Bülach eine Mietzinsreduktion rechtfertigen. Ein Vermieter in Wallisellen muss einem Mieter 30 Prozent von zwei Monatsmieten zurückerzahlen.

Der Fall geht auf den Frühsommer 2000 zurück: Wegen der Bauarbeiten im Flughafen Zürich war während den Monaten Juni und Juli die Westpiste gesperrt und ein verändertes Abflugregime in Kraft: Dieses bescherte mehreren zuvor mässig belasteten Gemeinden im Süden des Flughafens bedeutend mehr Fluglärm.

Kläger war der Mieter einer Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung in einem ruhigen Wohngebiet in Wallisellen. Gemäss Abflugregime überflogen im Juni und Juli 2000 insgesamt 11.391 Flugzeuge die Liegenschaft - pro Tag 178 Starts. Bei einer Nachtruhe zwischen 22 Uhr und 7 Uhr donnerte also alle fünf Minuten eine Maschine über das Haus. Vor der Umstellung waren nach Angaben des Klägers etwa zehn Flugzeuge pro Tag deutlich hörbar.

Das Gericht erachtete die Aussagen des Klägers als glaubhaft. Die seinerzeitigen Lärmimmissionen seien «nicht mehr bloss Unannehmlichkeiten» gewesen, sondern eine «einschneidende Beeinträchtigung der allgemein üblichen Tätigkeiten in der Wohnung», heisst es in dem Urteil. Das Gericht entschied, der Mieter habe für die beiden fraglichen Monate Anspruch auf eine 30-prozentige Mietzinsreduktion.

Der Mieterinnen- und Mieterverband Zürich (MV) zeigte sich sehr zufrieden mit dem Urteil. Es belege, dass Fluglärm sehr wohl mietrechtlich relevant sei - wie dies der MV stets moniert hatte. Dem Entscheid komme wohl eine gewisse Signalwirkung zu, hiess es.

Flughafen-Planner unterschätzen Sicherheitsrisiko!

Die Vorzugsvariante der Fraport AG im Nordwesten des Frankfurter Flughafens hat nach Meinung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) keine Chance auf Realisierung mehr, nachdem das Chemiewerk Ticona die Forderung zur Betriebsverlegung und Kostenerstattung in Höhe von 1 Milliarde Euro erhebt (FAZ vom 16.1.2002). Die Flughafen-Planner haben ein Sicherheitsrisiko falsch eingeschätzt. Nach Angaben der Ticona ist die notwendige Einkürzung von Schornsteinen und Betriebsgebäuden nicht möglich. Der Abbruch des Raumordnungsverfahrens ist unvermeidlich, weil eine gravierende Planungsgrundlage nicht berücksichtigt wurde. „Die Karten werden völlig neu gemischt“, vermutet BUND-Vorstandssprecher Walter Raiß. Das Ticonawerk liegt wenige hundert Meter westlich der favorisierten Landebahn im Nordwesten des heutigen Flughafens und würde künftig mit weniger als 100 Höhe überfliegen. Es beschäftigt 1.000 Menschen. Weitere tausend Arbeitsplätze sind bei Zulieferern beschäftigt. Würde die Nordwest-Landebahn, die auch von Ministerpräsident Roland Koch favorisiert wird, gebaut, müsste das Werk nach Ansicht der Betriebsleitung verlegt werden. Die Kosten in Höhe von 1 Milliarde Euro hätte die Fraport AG zu zahlen. Für den BUND bestätigt die jetzt bekannt gewordene Entwicklung die Arroganz der Fraport AG gegenüber dem Umland. Die Flughafenplaner hatten die Produktionsbedingungen bei der Ticona, die auf hohe Schornsteine und „Fackeln“ angewiesen sind, völlig falsch eingeschätzt. Sie gingen davon aus, dass diese hohen Gebäude einfach eingekürzt werden könnten. In den Antragsunter-

lagen zum Raumordnungsverfahren sind die Forderungen nach Abriss und Umbau der Betriebsstelle nur am Rande erwähnt. „Die Fraport AG sollte die Nase nicht länger so hoch tragen, sondern den Kopf senken und die Realitäten im Umland des Flughafens wahrnehmen“, fordert BUND-Vorstandssprecher Walter Raiß. Für den Umweltverband ist es ein Skandal, dass eine Sicherheitsfrage vom Flughafen nicht selbst eigenständig korrekt eingestuft wurde. „Dies wirft kein gutes Bild auf die Kompetenz und Zuverlässigkeit der Planung durch die Fraport AG“, sagt Walter Raiß. Für den BUND ist der Abbruch des Raumordnungsverfahrens unvermeidlich. „Die ganze Entwicklung zeigt, dass der Flughafenausbau für das Umland und die Bevölkerung unzumutbar ist“, kommentiert Walter Raiß die Entwicklung. „Der Flughafen kann nur auf Kosten der anderen wachsen. Es gibt weder eine umweltverträgliche, noch eine raum- und sozialverträgliche Lösung.“ Es droht steigender Druck auf die Südvariante, zumal diese Variante auch von Lufthansa und der Stadt Frankfurt gefordert werden. Aber auch für die Nordost-Variante im Frankfurter Stadtwald wächst nun wieder die Bedrohungssituation.

Grafik: FAZ, 16-1-2001



Jansens Lärm-bewertung gekippt

Prof. Jansen ist ein deutscher Lärmgutachter, der bisher bei den meisten Flughafenausbauten maßgeblich mitgewirkt hat. In Hamburg, beim Rechtsstreit um den Ausbau des Airbus Flughafens Finkenwerder (Mühlenberger Loch), belegten die Gutachter Dr. Maschke und Hecht, dass Prof. Jansens Werte seit Jahren auf Rechenfehlern basieren und formal und inhaltlich falsch interpretiert wurden zu Lasten der Anwohner von Flughäfen.

Prof. Jansens Bewertungen sind falsch, ob zum Bau der Startbahn West, zum Bau von München II, in Düsseldorf, zuletzt in Hamburg und jetzt in Frankfurt. Jahrelang wurden die Grenzwerte ab wann ein Mensch körperlich belastet und Gesundheitlich bedroht ist, falsch berechnet und angesetzt. Diese neue Wahrheit, die im abgelaufenen Jahr vor dem VGH in Hamburg belegt wurde, hat grundsätzliche Auswirkungen auf alle Lärm-bewertungen von Verkehrsbauten. Beim Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren kommen die Fraport AG und FPD Verkehrsminister Posch damit nicht mehr durch.

Nach den neuen Erkenntnissen darf es Nachts nicht lauter als 47 dB sein (zur Erinnerung: Messungen ergaben im Frühjahr 2001 in Walldorf Nord, dass der nächtliche Bodenlärm ohne Flugzeuge bereits 56 dB überschritten hat). Die Maximalbelastungen müssen aus medizinischer Sicht begrenzt werden. Der Istzustand, auch ohne Optimierungsbelastung und Ausbau, ist bereits systematische Körperverletzung.

Im Jahr 1985 gab es 10.905 Nachtflüge mit Lärm, im vorletzten Jahr 2000 waren es bereits das Vierfache: 48.000 Lärmflüge. Die nun von FDP Verkehrsminister Posch eingeführte Kontingentierung führt zu zusätzlichen Nachtlärmflügen und hebt die wenigen seitherigen Beschränkungen auf.

Einkaufszentrum im Stadtwald

Neue Zahlen des Flughafenweltverbandes (ACI Airport Council International) bestätigen es erneut: auch die Fraport AG macht über die Hälfte ihres Umsatzes nicht mit dem Fliegen (Landegebühren etc.) sondern über Parkgebühren, Mietentnahmen und Konzessionen. Ein Großteil der Flächen am Flughafen wird für Geschäfte und Dienstleistungen verbraucht, die nicht direkt notwendig sind. Defakto könnte jedes Terminal kleiner und übersichtlicher sein. Der Fluggast soll jedoch gemolken werden. Denn das eigentliche Geschäft der Fraport AG ist das Vermieten von Flächen. Am Einzelhandel am Flughafen ist die Fraport direkt mit Umsatzenrenditen beteiligt. Daher auch das Interesse auf dem ICE -Bahnhof 170.000qm vermietbare Flächen zu schaffen. Genau genommen betreibt die Fraport AG ein teures Einkaufszentrum (mit Pornokino!) im Stadtwald. Dafür wird den Bürgern der Wald zerstört. Das Gejammern der Fraport Vorstände von fehlenden Expansionsflächen ist nur Show. Ein Beschränken des Flughafens auf seine eigentliche Verkehrsfunktion ist dringend notwendig. Aber damit ist Frankfurt nicht alleine: auch in Heathrow und Shipol (-Plaza) wird das eigentliche Geld mit den vermieteten Flächen gemacht.

MK

IMPRESSUM

Bündnis der Bürgerinitiativen gegen
Flughafenausbau Frankfurt/M
c/o Winfried Heuser

An der Kreuzheck 6, 80529 Frankfurt
Tel. 069/355464, Fax 356585

Redaktionsadresse und Layout:

Rudi Hechler, Hochstr. 22

64546 Mörfelden-Walldorf

Tel. 06105/22362, Fax 06105/297381

rudi.hechler@netgo.de

Druck: Drach, Alsbach

Infos

Info-Material der
Bürgerinitiativen bestellen bei:

Käthe Raß

Kelsterbacher Straße 90

64546 Mörfelden-Walldorf

Tel. 06105/42730,

Fax 282980



Besuchen Sie uns im Internet: www.flughafen-bi.de
Auf unseren Seiten finden Sie Veranstaltungshinweise, aktuelle Informationen, Fotos, Karten und Dokumente zum Herunterladen.

„Die Internetseite (www.flughafen-bi.de) ist gut aufgebaut und bietet eine Fülle von Informationen. Wer sich mit argumentativer „Munition“ gegen den Ausbau versorgen will, der ist hier richtig.“

Offenbach Post online, 9.1.2002

ROV-Einwände mit Biss

Die von den Rechtswältin Distler und dem Anwalt Haldenwang für Neu-Isenburger Bürger eingereichten Einwände im ROV haben Biss.

Entlarft wird der dreiste Versuch der Fraport AG, eine sog. Plannullvariante zur Grundlage des Ausbaus zu machen. Diese Variante gab es noch nie und enthält Bauwerke, die weder bisher genehmigt noch gebaut sind. Die Fraport AG tut so, als ob ein III. Terminal im Süden existierende würde.

Doch dieses gibt es nur in Plänen und ist eine neuer Versuch Schwarzbauten ins Verfahren einzubringen. Auch das Terminal II ist nie planfestgestellt worden. Es wurde in den 90ziger Jahren gebaut für 12 Mio Passagieren und hatte erheblich Auswirkungen auf den Fluglärm.

Den ohne diesen „Schwarzbau“ hätte die Abfertigung von Fluchzeugen nicht gesteigert werden können. Das nannte man „Ausbau auf dem bestehenden Gelände“ unter Rot-Grün in Wiesbaden und bescherte

den Anwohner mehr Krach. Das geplante und ungenehmigte Terminal III, soll zur Abfertigung von 25 Mio Passagiere erhalten. Auch dieses Bauwerk muß planfestgestellt werden, denn es führt zu wesentlichen Veränderungen der Belastung der Bevölkerung. Dieser und unzählige andere, zugegebenermaßen plumpe Tricks der Fraport AG sind die Substanz der Einwände, nachzulesen unter: www.Flughafen-bi.de

M.K.

Ohne Moos nix los!

Wir brauchen Plakate,
Zeitungen, Flugblätter,
wenn wir Erfolg haben wollen.

Wir bitten daher dringend um

Spenden:

Öko-Bank Frankfurt

Bankleitzahl 50090100,

Konto-Nr. 6112340